

Jihadisten hetzen im Sahel gegen Schulen

In einstigen Kolonien Frankreichs nehmen Terroristen die Bildungseinrichtungen ins Visier – die Kinder rekrutieren sie als Soldaten

NATALIE WENGER (TEXT) UND
JONAS OESCH (GRAFIK)

Eine Gruppe bewaffneter Männer dringt am 26. April 2019 gegen 17 Uhr gewaltsam in eine Schule in Maytagou ein, einem Dorf im Südosten von Burkina Faso. Die Männer schreien «Allahu akbar», schiessen um sich. Sie töteten vier Lehrpersonen. Einen weiteren Lehrer verwundeten sie so schwer, dass er später seinen Verletzungen erliegt.

Oftmals sind Schulen die einzigen Orte, an denen Kinder in Konflikten Schutz erhalten. Angriffe auf Schulen und Lehrpersonen gelten daher laut der Uno als schwerwiegende Verstösse gegen das humanitäre Völkerrecht. Dennoch werden Bildungseinrichtungen vielerorts gezielt attackiert. Über 17 000 entsprechende Vorfälle hat die NGO Global Coalition to Protect Education from Attack (GCPEA) zwischen 2013 und 2019 weltweit verzeichnet. Ein Grossteil dieser Attacken fand an Kriegsschauplätzen statt.

Gegen das französische Erbe

Fünf Staaten stechen heraus, die sich in den vergangenen Jahren zwar nicht im Krieg befanden, in denen die Sicherheitslage jedoch teilweise sehr prekär war: Mali, die Republik Zentralafrika, Kamerun, Burkina Faso und Niger. Alle diese Länder waren in der Vergangenheit französische Kolonien.

Hinter den Angriffen auf Schulen stehen in diesen Ländern meist bewaffnete Gruppierungen, die sich gegen «französische» Bildung und die französische Einmischung in afrikanische Angelegenheiten aussprechen. In Burkina Faso zum Beispiel macht die einheimische Terrororganisation Ansaroul Islam, die mit dem Terrornetzwerk Kaida verbündet ist, die ehemalige Kolonialmacht dafür verantwortlich, dass die Interessen der muslimischen Gemeinschaft in der Politik vernachlässigt werden. Obwohl Muslime rund 60 Prozent der Bevölkerung Burkina Fasos ausmachen, sind sie laut einem Report der International Crisis Group klar unterrepräsentiert in der politischen Elite und dem öffentlichen Sektor. Dies liegt auch daran, dass bis zur Unabhängigkeit des Landes im Jahr 1960 nur Absolventen von Missionsschulen überhaupt eine politische oder administrative Laufbahn einschlagen konnten.

Besonders in den Ländern der Sahelzone – in Mali, Burkina Faso und Niger – haben Angriffe auf Schulen mit der Ausbreitung des Islamismus zugenommen. Im Januar kündigte der französische Präsident Emmanuel Macron an, der Kampf gegen terroristische Gruppen in der explosiven Grenzregion zwischen Burkina Faso, Mali und Niger werde intensiviert. Seit 2013 kämpft Frankreich zusammen mit einheimischen Streitkräften gegen die Jihadisten in der Sahelzone. Die Angriffe auf Schulen hat es aber nicht gestoppt.

Seit Anfang 2020 gab es laut Human Rights Watch über 90 Angriffe auf Bildungsinstitutionen in den drei Ländern. Und das, obwohl die Schulen dort zwischen März und Mai geschlossen waren. Nicht alle Angriffe gingen jedoch auf Terroristen zurück, einige waren auch die Folge ethnischer Konflikte.

Ein willkommenes Feindbild

Für Jean-Paul Rouiller, Terrorismus-Experte des Geneva Centre for Security Policy, hängen die Angriffe auf Schulen mit der intensivierten Militärpräsenz der Franzosen in der Sahelzone zusammen. «Frankreich und seine Soldaten im Sahel bieten den Jihadisten ein willkommenes Feindbild, sowohl aus ideologischen wie aus politischen Gründen», sagt Rouiller. Zugleich seien die Attacken aber auch als Angriff gegen die eigene Regierung zu sehen. «Die Jihadisten wollen zeigen, dass der Staat nicht mehr in der Lage ist, die Schulen zu verteidigen.»

Zu den Zielen der Terroristen gehört es, die Schüler und die Eltern einzuschüchtern, damit die Kinder der Schule

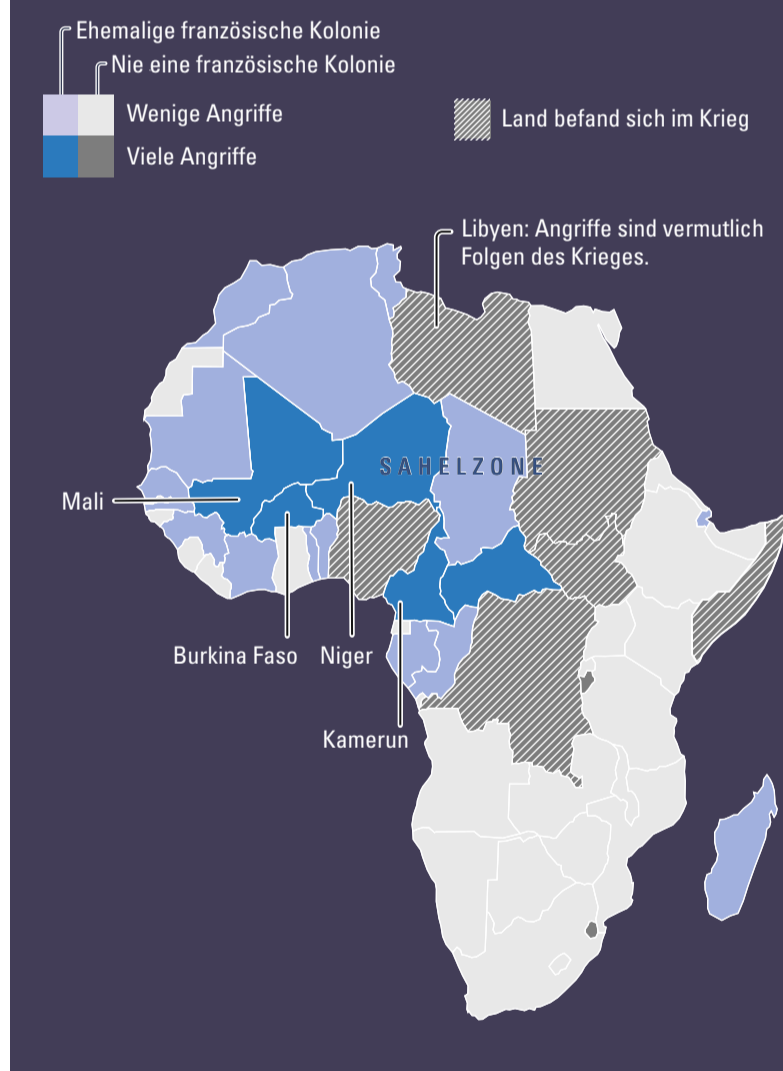


Für viele Mädchen in der Sahelzone ist Bildung die einzige Chance, ihr Schicksal in die eigenen Hände zu nehmen.

REUTERS

In ehemaligen französischen Kolonien werden Schulen gezielt angegriffen

Angriffe auf Schulen, Schüler oder Lehrer zwischen 2013 und 2019



«Viele Angriffe» bedeutet, dass es zwischen 2013 und 2019 mehr als 3 Angriffe pro Million Einwohner gab. Das entspricht dem obersten Quartil der 91 erfassten Länder. Ein Land «befand sich im Krieg», wenn zwischen 2013 und 2019 in einem bewaffneten Konflikt, in den der Staat involviert war, in einem Jahr über 1000 Personen ums Leben kamen.

QUELLEN: HUMANITARIAN DATA EXCHANGE, DW, UNIVERSITÄT UPPSALA

«Die Unterrichtssprache sollte von Französisch auf weitere Nationalsprachen ausgeweitet werden.»

François Niada
Berater für Bildungsfragen
bei der Helvetas

fernbleiben. Die Angreifer haben es vor allem auf Lehrpersonen abgesehen. Im November 2018 etwa zündeten rund 20 bewaffnete Männer die Grundschule von Sampiéri im Osten Burkina Fasos an. Sie drohten den Lehrern, sie beim nächsten Angriff umzubringen, sollten sie nicht den Koran lehren und Französisch im Unterricht durch Arabisch ersetzen. Zudem verlangten sie von den Lehrern, dass sie zum Islam konvertieren.

Das Bildungsministerium von Burkina Faso gab im Mai bekannt, dass 222 Lehrer in den vergangenen drei Jahren Opfer von terroristischen Anschlägen geworden seien. Aus Angst vor weiteren Attacken flüchteten seit Anfang 2019 mehr als 830 000 Einwohner aus den betroffenen Gebieten. Mehrere hundert

Lehrpersonen sind auf der Flucht. Fast 2500 der rund 14 000 Schulen mussten laut der Uno seit dem Aufkommen der Terrorgruppe Ansaroul Islam im Jahr 2016 aus Sicherheitsbedenken geschlossen werden. 350 000 Kindern bleibt so das Recht auf Bildung verwehrt.

Die Terroristen profitieren davon, dass viele Kinder aus dem Schulalltag gerissen werden. Mitunter attackieren sie Schulen auch in der Absicht, die Kinder für ihre jihadistische Organisationen zu gewinnen. «In der Sahelzone werden sehr junge Menschen rekrutiert», sagt Rouiller. Kinder von gerade einmal zwölf Jahren würden zum Teil an vorderster Front kämpfen.

Frankreichs Kampf gegen den islamistischen Terror ist in den betroffenen Staaten inzwischen sehr unbeliebt. Je länger die unter dem Namen «Barkhane» bekannte Operation in der Sahelzone dauert, desto stärker wachsen die antifranzösischen Ressentiments in Ländern wie Mali und Burkina Faso, wo besonders heftig gekämpft wird. Wiederholt protestierten die Bürger gegen den französischen Militäreinsatz. Verschwörungstheorien, laut denen Frankreich die Militäraktion nutzt, um an afrikanische Bodenschätze zu gelangen, erhielten in letzter Zeit vermehrt Zuspruch.

Der Verteidigungsminister von Burkina Faso, Chérif Sy, äusserte vor einigen Monaten Bedenken darüber, dass Frankreich mit den Terroristen nicht fertigwerde. Er deutete an, dass Frankreich womöglich «andere Prioritäten» habe, und befeuerte dadurch die Wut gegenüber der ehemaligen Kolonialmacht noch. Dass die Militäroperation der Franzosen so lange dauert, hat laut Rouiller mehrere Gründe: Das Einsatzgebiet ist fast fünfmal so gross wie Frankreich. Die Unterstützung der verschiedenen Regierungen ist relativ schwach, die staatlichen Armeen sind schlecht ausgerüstet. Hinzu kommen ethnische Spannungen und das zwiespältige Verhältnis der lokalen Bevölkerung zu den jihadistischen Organisationen. «Die Organisationen sind teilweise tief in der Bevölkerung verankert. Die Gruppierungen geben vor, mit der Bevölkerung arbeiten zu wollen, nicht gegen sie», sagt Rouiller.

Muslimische Kinder leiden

In Mali habe eine der Kaida nahe stehende Gruppierung versucht, Friedensverhandlungen mit der Regierung aufzunehmen. Die Bedingung: die «rassistische, arrogante Besetzung durch die französischen Kreuzritter sofort zu beenden». Ein Teil der malischen Bevölkerung wollte laut Umfragen auf diesen Deal eingehen.

Laut François Niada von der Schweizer NGO Helvetas gefährden die Angriffe auf Schulen die über Jahrzehnte erzielten Fortschritte bei der Einschulungsrate, insbesondere von Mädchen. «Für Mädchen steigt die Gefahr, früh verheiratet zu werden, wenn sie nicht zur Schule gehen können», sagt Niada, der als Berater für Grund- und Berufsbildung in der Sahelzone tätig ist. Bei Knaben dagegen bestehe eine hohe Wahrscheinlichkeit, dass sie von Terrororganisationen rekrutiert würden. «Weil die Eltern ihre Kinder nicht mehr zur Schule schicken können, steigt ausserdem das Risiko für Kinderarbeit», sagt Niada. Bereits Grundschüler arbeiteten als Strassenverkäufer, Hausangestellte oder schufteten in einer der zahlreichen Goldminen in der Sahelzone.

Teile der Bevölkerung machen Frankreich für die Schwächen im Bildungssystem von Burkina Faso verantwortlich. Das System basiert auf dem französischen Modell, das auf theoretische Bildung fokussiert. «Wer die Matura nicht besteht, hat es sehr schwer, einen Job zu finden», sagt François Niada. Obwohl die Wirtschaft in Burkina Faso auf der Landwirtschaft und auf dem informellen Sektor basiere, gebe es für Jugendliche wenig Möglichkeiten, einen handwerklichen Beruf zu erlernen. Weil viele Eltern sich die Studiengebühren nicht leisten könnten, nähmen sie ihre Kinder frühzeitig aus der Schule. Die Aussichtslosigkeit bezüglich einer gesicherten Zukunft führe dazu, dass manche Jugendliche anfällig würden für die Verheissungen der Terrororganisationen.

Besonders schwierig ist es für muslimische Kinder, welche vorwiegend franko-arabische Schulen besuchen. Diese Schulen, welche den Koranunterricht mit allgemeinen Schulfächern wie Mathematik und Französisch verbinden, geniessen einen schlechten Ruf. Laut einem Bericht der International Crisis Group ist die Ausbildung der Lehrkräfte oft mangelhaft, die Lehrpläne folgen nicht dem nationalen Programm, die arabischen Schulbücher entsprechen nicht den lokalen Gegebenheiten.

Eine Bildungsreform ist nötig

Die Politik hat erkannt, dass Reformen nötig sind, um zu verhindern, dass Tausende von Kindern in die Kriminalität abrutschen. Im Jahr 2017 unterzeichnete Burkina Faso die «Safe Schools Declaration» und verpflichtete sich damit, Schüler, Lehrkräfte und Schulen besser zu schützen und Massnahmen zu treffen, um Angriffe zu verhindern. Die Regierung von Burkina Faso hat seit 2017 mehrere geschlossene Schulen wieder geöffnet. Lehrkräfte in sicheren Gebieten untergebracht und eine Dienststelle für Bildung in Notlagen geschaffen. Als Teil ihrer Corona-Bildungsoffensive hat die Regierung kürzlich ihre Fernstudium-Programme auf das Radio und das Fernsehen ausgeweitet. Zudem arbeitet die Regierung gemeinsam mit Hilfsorganisationen an weiteren digitalen Lösungen. Künftig sollten Schüler und Lehrer etwa vermehrt via Whatsapp miteinander kommunizieren können.

«Diese Massnahmen reichen jedoch nicht», sagt François Niada. Um die Lage langfristig zu verbessern, müsse das Schulsystem reformiert werden. «Das Ziel ist, das Ausbildungssystem so anzupassen, dass es den Bedürfnissen der Jugendlichen entspricht», sagt Niada. Bereits auf der Grundstufe sollten die Lehrpläne auch praktische landwirtschaftliche und handwerkliche Fähigkeiten enthalten. Viel stärker sollte auch der lokale Kontext in der Schule berücksichtigt werden. Dazu gehöre eine Ausweitung der Unterrichtssprache von Französisch auf weitere Nationalsprachen und Idiome. «Das Ziel muss sein, dass die Bevölkerung sich stärker mit den Schulen identifizieren kann und ein Mitspracherecht bei der Gestaltung des Unterrichts erhält», sagt Niada. Nur dann werde sich die Bevölkerung verstärkt für den Schutz der Schulen einsetzen.